

Roman Fabian

Wortbeitrag bei der Friedensmahnwache am 29. September
2022 auf dem Domshof in Bremen

29.09.2022

Krankenhaus in Kriegszeiten

Vorstellung:

Roman Fabian

59 Jahre alt

2 Kinder , 1 Enkelkind

Seit über 40 Jahren arbeite ich im Gesundheitswesen

Zur Zeit bin ich Betriebsratsvorsitzender und
Schwerbehindertenvertretung
am Klinikum Links der Weser

Ebenfalls bin ich seit langen Jahren ehrenamtlich parteilich in
Obervieland tätig für eine Partei, die ich auch wegen ihrer
unrühmlichen Friedenspolitik in Bremen nicht benennen
möchte.

Danke für die freundliche Einladung des Friedensforums,
dieser Einladung bin ich gerne gefolgt.

Ich spreche hier nicht als Funktionsträger sondern als Mensch, Mann, Vater, Opa, Beschäftigter, Kriegsdienstverweigerer, Nachbar und Bremer Bürger.

Gerne würde ich Ihnen/Dir/Euch einen kleinen Einblick in meine kommunale Krankenhauswelt gewähren, um mich dann klar für Frieden und gegen Waffen zu positionieren.

2004 wurden die ehemaligen Zentralkrankenhäuser Nord, Ost, Mitte und Links der Weser durch Beschluss der Bürgerschaft privatisiert und als gGmbH'en als 100% Gesellschaft des Landes Bremen geführt.

Schon damals war der finanzielle Druck auf die kommunalen Krankenhäuser in Bremen enorm.

Seit her wird Jahr für Jahr signalisiert, dass es eine Erwartung gibt, dass sich die kommunalen Krankenhäuser mit ihren Versorgungsaufträgen selber tragen, besser noch Gewinne erwirtschaften.

Gewinnmaximierung ist mit dem Versorgungsauftrag für ganz Bremen und dem derzeitigen Krankenhausfinanzierungssystem nicht zu betreiben.

Eine Gewinnmaximierung ist auch von den Beschäftigten in den Krankenhäusern nicht gewollt, aus medizinischen Gründen katastrophal und aus ethisch moralischen Gründen abzulehnen.

Dieser finanzielle Druck kann auch in Bremen dazu führen, dass gerade die Behandlungen die besonders gut vergütet werden, besonders häufig verordnet werden.

Oder Patient*innen genau solange beatmet werden, wie es wirtschaftlich aber nicht medizinisch sinnvoll ist.

So mussten die Defizite, immer ausgeglichen werden.

Mit jedem Ausgleich stieg die politische Gegenwehr erneut zu alimentieren, Bremen hat ja zugegebener Weise viele Bereiche die Geld benötigen.

Immer neue Geschäftsführer*innen versprochen, mit neuen Businessplänen, innerhalb kürzester Zeit Abhilfe.

Die Pläne gingen nicht auf, so wurde Personal abgebaut um Geld einzusparen, dadurch wurden die Arbeitsbedingungen immer schlechter, die KollegInnen flüchteten um wenigsten Ihre eigene Gesundheit zu retten aus den Krankenhäusern, gingen in Teilzeit oder zu Leiharbeitsfirmen (die besser bezahlen und bessere Arbeitsbedingungen bieten) oder in ganz andere Berufszweige.

Ein eklatanter Fachkräftemangel, überwiegend im Bereich Pflege ist bis heute das Ergebnis aus verfehlter gewinnorientierter Krankenhauspolitik.

Um den Personalabbau und dem Fachkräftemangel effektiv entgegenzutreten, initiierten wir 2018 mit vielen Kolleg*innen das „Bremer Volksbegehren für mehr Krankenhauspersonal“ zusammen mit ver.di, dem Bremer Bündnis für mehr Krankenhauspersonal und einigen anderen Verbänden.

Wir sammelten viel mehr Stützunterschriften als benötigt wurden, scheiterten dann aber vor dem Bremer Staatsgerichtshof, weil der damalige Gesundheitsminister Spahn die sogenannten „Pflege-Personaluntergrenzen“ erlassen hatte. Er schuf damit höheres Recht, das zwar bis heute nicht den Fachkräftemangel beseitigte aber unser Volksbegehren scheitern ließ.

Vor ca. zwei Jahren traf uns alle dann die Pandemie, die bis heute nicht überwunden ist, auch wenn man manchmal im Alltag der Meinung sein könnte.

Viel zu wenig Personal, das selber nicht ausreichend mit Schutzkleidung ausgestattet war, traf auf viel zu viele schwer kranke Patient*innen.

Viele KollegInnen erkrankten, sind teilweise langzeiterkrankt an z.B. „long Covid“.

Zu dem steigen die Übergriffe auf Krankenhauspersonal und Rettungskräfte.

Legt man diese Fakten offen, wird man nicht selten als Nestbeschmutzer diffamiert.

Oder man wird mit solchen Aussagen dafür verantwortlich gemacht, dass sich nicht genügend junge Menschen für die Gesundheitsberufe entscheiden.

Nun werden einige vielleicht sagen, gut dass gerade in solchen Zeit Bremen eine Gesundheitssenatorin hat die gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzende der Gesundheit Nord ist , die nicht einer der klassischen Wirtschaftsparteien angehört.

Leider sind die aktuellen Themen in den Kommunalen Klinika folgende:

- Das Klinikum Links der Weser kämpft mit seinen Beschäftigten und vielen UnterstützerInnen darum nicht abgewickelt zu werden, da es nach über 50 Jahren einen Sanierungsbedarf gibt
- Das Klinikum Bremen Ost steht vor ähnlichen Herausforderungen und kämpft darum die Akutversorgung mit Unfall- und Allgemein Chirurgie zu behalten
- Die KollegInnen der sog. Patientenfernen Bereiche (Handwerker, Telefonzentralen, Empfänge, usw.) wehren sich gegen einen Betriebsübergang, hin zu einer Tochtergesellschaft. Dabei würden die KollegInnen ca. 30% Einkommensverlust hinnehmen müssen.
- Und zumindest ein weiterer Bereich wehrt sich gegen eine klassische Privatisierung

Ihr seht, in der Regierung steuert das Geld auch die Antikapitalisten.

Zu diesen Rahmenbedingungen treffen uns alle jetzt die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der russischen Regierung auf die Ukraine.

In den Bremer kommunalen Kliniken finden sich Kolleg*innen aus fast allen Ländern dieser Welt, friedlich Seite an Seite zusammen.

Wenn Patient*innen in ein Krankenhaus kommen, steht einzig das Leben und die Gesundheit dieser Person im Zentrum des Handelns.

Selbst kleinste Verletzungen können schrecklichste Auswirkungen für Menschen haben.

Diese Erkenntnis muss man berücksichtigen wenn man darüber entscheidet, ob man Waffen egal welcher Größe herstellt liefert oder verkauft, immer können solche Waffen Menschen töten.

Wer im Gesundheitswesen arbeitet weiß, wie schwierig und Personalintensiv die Rettung von Leben ist.

Zur Vernichtung von Leben und Gesundheit mit Waffen muss noch nicht einmal ein Mensch vor Ort sein.

Deswegen mein Apell an alle Kriegsbeteiligten auf der ganzen Welt, legt die Waffen nieder.

Alle Soldat*innen, schult um wir brauchen Euch in der Krankenversorgung.

Politiker*innen, investiert in Medizintechnik und nicht in

Panzer und Minen.

Eines wäre mir noch sehr wichtig:
Schützt die Kriegsdienstverweigerer und Deserteure überall
auf der Welt, egal welcher Nationalität, sie handeln richtig
und benötigen den Schutz vor den Kriegstreibern.

Bleibt gesund und danke für Eure Aufmerksamkeit